

Nachrichten für Naunhof und Umgegend

(Albrechtshain, Ammelshain, Beucha, Borsdorf, Cöha, Erdmannshain, Fuchshain, Groß- und Kleinsteenberg, Klinga, Köhra, Lindhardt, Pomßen, Stauditz, Threna usw.)
Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Stadtrates zu Naunhof.

Erscheinungsdauer: 3 mal: Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, nachm. 4 Uhr für den folgenden Tag. **Bezugspreis:** Monatlich Mk. 12.— mit Auslagen, Post einschl. der Postgebühren 1/2 jährlich Mk. 36.— Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger Störungen des Betriebes, hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreise: Die 6spaltige Korpuszeile 2.— Mk., auswärts 2.50 Mk. Amtlicher Teil Mk. 4.—, Reklamezeile Mk. 4.50. Beilagegebühr pro Nummer Mk. 50.— Annahme der Anzeigen bis spätestens 10 Uhr vormittags des Erscheinungstages, größere noch früher. — Alle Anzeigen-Vermittlungen nehmen Aufträge entgegen. — Bestellungen werden von den Aussträgern oder in der Geschäftsstelle angenommen.

Genruf: Amt Naunhof Nr. 2.

Druck und Verlag: Günz & Gule, Naunhof bei Leipzig, Markt 2.

Nummer 64

Freitag, den 2. Juni 1922

33. Jahrgang

Amthliches.

Die Eintragungslisten für ein Volksbegehren auf Auflösung des Landtags liegen vom 6. bis 19. Juni 1922 im Rathause hier Zimmer 11 (Meldeamt) an **Wochentagen** während der üblichen Geschäftszeit von **vormittags 7 bis 1/1 und nachmittags von 2 bis 4 Uhr**, an den **Sonntagen und Feiertagen** vormittags von **9 bis 12 Uhr** zur Eintragung aus.

Zur Eintragung ist nur zuzulassen:

a) In seinem Wohnort (§ 11 des Landeswahlgesetzes vom 4. September 1920, GVBl. S. 331), wer dort in der Wählerliste oder Wahlkartei für die Landtagswahl vom 14. November 1920 eingetragen ist, es sei denn, daß sein Stimmrecht inzwischen verlorengegangen ist oder während der Eintragungsrufe ruht, oder daß der Stimmerechtigkeitsnachweis während dieser Frist an der Ausübung des Stimmrechts behindert ist.

Als in der Liste oder der Kartei eingetragen gilt im Sinne dieser Vorschrift auch der, der wegen Aussetzung eines Wahlscheins bei der Landtagswahl darin gestrichen worden war.

b) In einem beliebigen städtischen Orte, wer einen Wahlschein erhalten hat.

Stimmcheine für die Eintragung zum Volksbegehren werden nach denselben Grundrissen erstellt, wie die Wahlscheine für die Landtagswahl (Landeswahlordnung vom 4. September 1920, GVBl. S. 338, §§ 5 bis 7).

c) In seinem Wohnort, wer dort nicht in die Wählerliste oder Wahlkartei eingetragen ist und keinen Wahlschein hat, aber sein Stimmrecht nachweist.

Für das Stimmrecht gelten dieselben Voraussetzungen wie für das Wahlrecht zum Landtag (§§ 2, 3, 11 des Landeswahlgesetzes).

Naunhof, am 31. Mai 1922. Der Bürgermeister.

Vereinsbank Naunhof in Naunhof

Kredit-Gewährung.
Diskontierung und Einziehung von Wechseln und Schecks. Scheck- und Giro-Verkehr.
Aufbewahrung und Verwaltung von Wertpapieren.
Bermittler 44. Geschäftszeit: 9—1 Uhr. Postfachkonto: Leipzig Nr. 10788.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Die deutsche Note an die Reparationskommission, deren Fortschritt große Zugeständnisse an die Entente enthält, hat in Paris eine günstige Beurteilung gefunden.

* Der Oberste Rat forderte in einer neuen Note die Durchführung einer Anzahl Eisenbahnlinien und Bahnanlagen im Rheinland.

* Der Reichstag lehnte einen Misstrauensantrag gegen die Regierung gegen die Stimmen der beiden Rechtsparteien und der Kommunisten ab und vertagte sich auf den 13. Juni.

* In Oberschlesien ist durch neue Terrorakte der Polen große Beunruhigung unter der deutschen Bevölkerung hervorgerufen worden.

* Die Tschechoslowakei und Südslawien beschäftigen, dieser Tage einen sehr engen, langfristigen Bündnisvertrag miteinander abzuschließen.

Die ungelöste Frage.

Von einem parlamentarischen Mitarbeiter wird uns geschrieben:

Es sind keine frohen Wagnisferien, die der Reichstag am Mittwoch nach kurzer, bewegter Geschäftsordnungsdebatte und nach der Ablehnung des Misstrauensantrages gegen die Regierung angetreten hat. Vielmehr sind in letzter Stunde noch neue dunkle Wolken am politischen Horizont erschienen, und man hatte versucht, jetzt schon die Aussprache darüber zu eröffnen, wie die Parteien sich zu der veränderten Situation einstellen wollen. Die Mehrheit des Reichstages hat es auf Wunsch der Regierung anders gewollt, und man wird nun am 13. Juni daran gehen müssen, die Fragen zu beraten, die heute so brennend sind wie je, und die eine Pause von zwei Wochen laun vertragen.

Nach am Vorabend war die Stimmung im Parlament verhältnismäßig ruhig. Es lag ein Misstrauensantrag der Deutschnationalen vor, die mit den Erklärungen des Kanzlers nicht zufrieden waren. Aber alle anderen Parteien, auch die Nachbarparteien der Deutschnationalen, waren der Ansicht, daß für den Ausdruck eines solchen Misstrauens gegenwärtig nicht ausreichende Gründe vorhanden sind. Da wurde am Mittwoch früh der Fortschritt der deutschen Note an die Reparationskommission bekannt, die vorher nur im Auswärtigen Ausschuss des Reichstages ihrem Inhalte nach mitgeteilt, in ihrer genauen Fassung aber nur den Kabinettsmitgliedern bekannt geworden war. Man wußte bereits, daß diese Note der Reparationskommission das Recht zugestand, in gewissen Grenzen eine

Kontrolle über die deutsche Finanzverwaltung auszuüben und daß darin zugesagt war, den Stand der schwebenden Schuld nicht über die Summe hinaus zu erhöhen, die diese Schuld am 31. März d. J. ausmachte. Wenn schon darüber einige Bedenken erhoben worden waren, so verschärfte sich die Kritik, die man im Parlament an den Abmachungen des Ministers Hermeß in Paris übte (denn die Note ist ja nichts anderes als die schriftliche Formulierung dieser Abmachungen), als man den Wortlaut des Dokumentes zu Gesicht bekam. Es wird darin gesagt, daß die deutsche Regierung dem Garantienkomitee — das ist ein Ableger der Pariser Reparationskommission, der seinen Sitz in Berlin hat — ohne Verzögerung alle gesetzlichen Bestimmungen über die Einnahmen des Deutschen Reiches mitteilen wird, und daß sie diesem Komitee alle notwendigen Erleichterungen zur Nachprüfung der Ausführung dieser gesetzlichen Maßnahmen gewähren will. Ähnliches gilt für die Ausgaben, und damit ist der Entente ein Aufsichtsrecht über das deutsche Finanzwesen eingeräumt, wie es in dieser Deutlichkeit und Schärfe vorher nicht bekanntgegeben worden war.

Nach schwereren Bedenken zeigten sich im Parlament bei einem Blick auf die der deutschen Note angelegte Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben des Reiches für das Rechnungsjahr 1922. Es wird darin unter Abweichung von den bisher bekannnten Staatsübersichten dargestellt, was auf Grund neuer Berechnungen an Kürzungen vorgenommen werden kann, und wie hoch sich dann, wenn man noch rund 83 Milliarden als reine Goldzahlungen ansieht, die man offenbar auf die künftigen Ergebnisse der erwarteten Anleihe verrechnen will, das neue Defizit stellt, welches nach dem Zustand der Note unbedingt ausgeglichen werden soll. Dieses Defizit beläuft sich aber nach der vorliegenden Berechnung auf rund 60 Milliarden Papiermark, und da wir der Reparationskommission schon früher zugesagt haben, daß dieser Fehlbetrag auf alle Fälle aus eigenen Mitteln besetzt werden soll, so bleibt nur der Schluss übrig, daß diese 60 Milliarden eben doch nur durch neue Steuern aufgebracht werden können. Dies muß sogar nach den Abmachungen des Ministers Hermeß innerhalb des laufenden Rechnungsjahres geschehen.

Bei vielen Abgeordneten herrschte daher ziemlich starke Überraschung darüber, daß die deutsche Regierung seinerzeit zwar rundweg abgelehnt hatte, der Reparationskommission die Bewilligung von 60 Milliarden neuer Steuern bis zum 31. Mai zuzugestehen, daß aber jetzt in der deutschen Note zwar in veränderter Form über der Sache nach fast im gleichen Sinne dieses Zugeständnis nachträglich doch noch gemacht wird.

Die Folge dieser unliebsamen Überraschung war es, daß die Deutsche Volkspartei, die den Deutschnationalen vorher geraten hatte, von einem Misstrauensvotum abzugehen, nun sofort selbst ein Misstrauensvotum vorbereitete und die sofortige Beratung der Note im Plenum des Reichstages beantragte. Die Regierungsparteien, von denen viele Mitglieder die Bedenken gegen die Note ebenfalls teilten, wünschten jedoch keines sofortigen Austrags der neuen Meinungsverschiedenheiten, und so wurde der Misstrauensantrag auf Besprechung der Note abgelehnt. In vierzehn Tagen jedoch wird diese Debatte stattfinden, und die Regierung wird dem Reichstage darüber Auskunft geben müssen, warum die Regierung durch Minister Hermeß in Paris Abmachungen traf, die uns nicht nur neue schwere Lasten auferlegen, sondern uns auch unter eine Aufsicht des Gegners bringen, die für ein wohlgeordnetes Staatswesen wie das deutsche eine schwere Entwürdigung bedeuten.

Man versteht jetzt recht gut, warum der Reichskanzler mit den Abmachungen des Ministers Hermeß durchaus nicht einverstanden sein wollte, und die Überzeugung, daß die jetzt gebundene vorläufige Lösung des Reparationsproblems im Grunde keine Lösung ist, wird nunmehr wohl auch in der Öffentlichkeit immer weitere Kreise durchdringen.

Die Aufnahme der Note in Paris.

Angesichts der weitgehenden Zugeständnisse, die die deutsche Note enthält, kann es nicht verwunderlich erscheinen, daß sie eine günstige Aufnahme in Paris findet. Der Wiederherstellungsausschuss hielt eine offizielle Sitzung ab, um sich über seine Stellungnahme schließend zu werden. Man nimmt in Paris allgemein an, daß der Austausch sich als befriedigend erklärt und das *Armistice* bis Ende des Jahres verlängert. In der englischen konservativen Presse jedoch hat man immer noch Bedenken, ob nicht doch noch Überraschungen aus Paris möglich sind.

Zerstören sollst du, sollst zerstören!

Die „strategischen“ Bahnen im Rheinland.

Es ist nicht genug, daß der Versailler Vertrag dem deutschen Volke auf Jahrzehnte hinaus das *Frankschloß* vom Entbehren Tag für Tag neu vor Augen führt, auch von dem weniigen, was wir noch haben, sollen wir immer wieder neue wertvolle Teile herausgeben oder selbst zerstören. Nicht nur die Eisenbestände von Kriegsmaterial sind diesem Schicksal verfallen, auch viele wirtschaftlich wertvolle Güter (man denke noch an die kostbaren optischen Instrumente, die der Hammer erschlug) müssen auf Befehl des Obersten Rates vernichtet werden, selbst wenn man die Behauptung, sie könnten im *Arctique* irrendweise

verwendet werden, geradezu an den Haaren herbeiziehen muß. Jetzt hat man es auf die Eisenbahnen im Rheinland abgesehen.

Eine neue Note, mit der Unterschrift Poincarés, verlangt, daß eine ganze Anzahl im Bau begriffener Eisenbahnlinien und -anlagen nicht weiter gebaut, und andere bereits bestehende Linien in der Weise zu verändern sind, daß mehrgleisige Strecken einseitig gemacht und Ausladetrampen, Bahnsteige usw. zerstört werden.

Der Oberste Rat versichert dabei in schlecht gespielter Gütmütigkeit, er wolle natürlich seinen wirtschaftlichen Schaden anrichten, aber die von ihm im einzelnen aufgezählten Strecken besähen ja nur militärischen Wert und seien somit unter das Verbot des Art. 43 des Friedensvertrages. Die neue Note unterliegt jetzt der Prüfung der zuständigen Stellen. Es kann aber jetzt schon gesagt werden, daß diese Forderungen, welche übrigens Kosten in einer juristisch noch nicht zu übersehender Höhe verursachen würden, jedenfalls zum großen Teil im Artikel 43 des Friedensvertrages keine Stütze finden.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Die Deutschenheute in Oberschlesien.

In den letzten Tagen vielfache Überfälle durch Polen zeitigte, hat Schritte des deutschen Bevollmächtigten bei der Interalliierten Kommission veranlaßt, denn die Reichsregierung ist der Auffassung, daß die Interalliierte Kommission dazu berufen ist, die Ruhe und Ordnung in Oberschlesien wiederherzustellen. In Karnowitz wurden Plakate angeschlagen, in denen aufgefordert wird, für jeden Angriff auf polnisch Gesinnte an einem reichsdeutschen Vergeltung zu üben. Selbstverständlich sind die angeblichen Angriffe auf polnisch Gesinnte dumme Erfindungen, mit denen die polnischen Unruhestifter ihre räuberischen Terrorakte beschönigen wollen.

Die bevorstehende Erhöhung der Postgebühren.

Der Postgebührenausschuss des Reichstages beschäftigte sich soeben mit der vom Reichsrat genehmigten Erhöhung der Postgebühren. Die vorgeschlagene Regelung für Postkarten- und Briefgebühren wurde angenommen. Vom 1. Juli werden danach erhoben: 1. für die Postkarte a) im Ortsverkehr 0,75 Mark, b) im Fernverkehr 1,50 Mark. 2. für den Brief a) im Ortsverkehr bis 20 Gramm 1 Mark, über 20 bis 100 Gramm 2 Mark, über 100 bis 250 Gramm 3 Mark, b) im Fernverkehr bis 20 Gramm 3 Mark, über 20 bis 100 Gramm 4 Mark, über 100 bis 250 Gramm 5 Mark. Auch im übrigen bleibt es bei den von der Regierung vorgeschlagenen Sätzen, wie sie kürzlich bekanntgegeben wurden. Die Fernspreckgebühren werden allgemein um 80 Prozent erhöht (bisher schon 80 Prozent, künftig also 160 Prozent Feuerungszuschlag).

Deutsch-Osterreich.

Die kommende Regierung. Die Christlichsoziale Vereinigung ersuchte ihren Obmann Seipel, die neue Regierung zu bilden. Seipel nahm den Antrag unter gewissen Bedingungen an. Das neue Kabinett soll aus sieben Christlichsozialen, drei Großdeutschen und einem Beamten bestehen.

Tschecho-Slowakei.

Benesch verteidigt den Versailler Vertrag. Im Prager Abgeordnetenhaus ergriff Ministerpräsident Dr. Benesch das Wort und erklärte u. a.: Ich habe niemals den Versailler Frieden als ein Werk ohne Recht begehrt. Der Versailler Frieden kann aber nicht durchweg verurteilt werden. Alle können wir ihn als Rechtsgrundlage des neuen Europas anerkennen. Der Kampf um seine Änderung und insbesondere um eine gewaltsame und erzwungene Änderung bringt Gefahren für Europa mit sich. — Diese Äußerungen ergänzen das Bild, welches man in Deutschland schon längst von der Politik hat, die in Prag gemacht wird.

Jugoslawien.

Bündnisvertrag zwischen Tschechoslowakei und Jugoslawien. Von zuverlässiger Seite wird berichtet, daß ein formeller Bündnisvertrag auf eine beträchtliche Reihe von Jahren innerhalb der nächsten Tage zwischen den Regierungen der Tschechoslowakei und Jugoslawiens abgeschlossen werden wird. Dieser Pakt werde die Entente, die augenblicklich zwischen den beiden Ländern besteht, zu einer viel engeren Union umwandeln. Es werde zuversichtlich erwartet, daß Rumänien sich diesem Pakt bald anschließen werde.

Aus In- und Ausland.

Eisenach. Der Chef der hiesigen Polizei Schuppert ist vom thüringischen Staat zwangsweise beurlaubt worden, weil er kürzlich einen Verhafteten bei der Vernehmung geschlagen haben soll. Ein Straf- und Disziplinarverfahren gegen ihn ist eingeleitet worden.

Wain. Der Kanzler beim französischen Generalkonsulat in Wain Decouffe ist in seiner Wohnung in Paris verhaftet worden. Decouffe wird beschuldigt, durch Unterschlagung die Staatskasse geschädigt und Rechnungen der Verwaltung gefälscht zu haben.

energisch dagegen
Landtag ein Nach
berlangt, daß der
ener Polizei sofort
ten. Der Innen-
eine Sonderkom-
men.
Grenze wurden 10
n gefunden. Später
Die 23 Menschen
Sie wollten nach
Pässe hatten, ver-
zurückzukommen
en.
stritten zugunsten
rohe Umzüge durch
sternum Sprachen
partei, Abgeord-
nland. Alle Nach-
blutige Zusammen-
sein, Bulgarien ist
system.
Ernennung von
rung vor. Frank-
enland haben be-
egung.
che Bankiers gegen
Journal“ einen
weiteren deutschen
weiter geschwächt
tischen Unterlagen
der Anzeige von
faal.
ich Leopold von
ich Leopold gegen
beschlagnahmen
Landgericht Berlin
läßt, den Eingriff
st und den Preis
ihm kein Eigen-
bant hinterlegten
gater. Aus Ham-
nischungsprojekt
Angeklagte zu
idgestalt 7 605 100
zu je 5000 Mark
rbe freigesprochen
nsten des Staates
a & Gule in Naunhof
her Beamtenbund
ruppe Naunhof.
h, 31. Mai 8 Uhr
tsversammlung
adi Leipzig“.
er Vorstand.
Deutscher
Seeverein
Ortsgruppe
Naunhof.
Donnerstag,
1. Juni
lagenbesichtigung.
n goldner Stern.
unkt 5 Uhr.
erein der
nd Mittelrentner
sammlung
erstag, den 1. Juni
3 Uhr 1. goldn. Stern.
nung von großer Be-
Ercheinen aller erw.
Einen
ritsburschen
suchen
rich & Kopfch.
stförmchen
luftwartung
sofort gesucht.
Wendler.
bl. Zimmer
Herrn für sofort zu
sucht. Angeb. unter
“ a. d. Exp. ds. Bl.
getr. Herrenstiefel
43 u. 44, eine
slouque, ganz neu
wert zu verkaufen.
ruerstraße 4.
hende Glucken
aufen.
Waldstraße 15.
melk. Biege
auf. Badergasse 2.